

Ersteinst. wöchentlich, 48 Nummern. Preis: 1.20 monatlich... Der Weltspiegel, Modenspiegel, Kunstspiegel, Technikspiegel, Hauswirtschaft, Jugendblätter, etc.



Unterstützung und Abonnementsannahme in Berlin: Hauptpostamt SW. 19, Postfach 200 u. 240; Charlottenburg, etc.

Berliner Tageblatt

Nr. 396 Ausgabe für Berlin

56. Jahrgang Dienstag, 23. August 1927

Fullers große Verantwortung.

Alle Rettungsversuche gescheitert.

Die Entscheidung in der Hand des Gouverneurs.

(Funktelegramm unseres Korrespondenten.)

Washington, 22. August.

Die letzten juristischen Möglichkeiten, die zugunsten von Sacco und Vanzetti in Betracht gezogen wurden, sind nunmehr erschöpft. Die Richter des höchsten Gerichtshofs, Taft und Stone, haben den Verteidigern verneinenden Bescheid gegeben. Stone weigerte sich, in den Fall einzugreifen mit der gleichen Begründung wie Richter Holmes. Taft erklärte, wie „United Press“ meldet, daß er nicht beabsichtige, Kanada zu verlassen. Die einzige Rettung ist nun noch ein Gnadenakt des Gouverneurs Fuller. Da aber der Gouverneur zur Gewährung eines weiteren Aufschubs der Zustimmung des Exekutivauschusses bedarf und der Ausschuss nicht einberufen ist, gilt ein weiterer Aufschub für ausgeschlossen. Der elektrische Stuhl ist nunmehr zur Hinrichtung vorbereitet, die drei Minuten nach Mitternacht (etwa fünf Uhr morgens mitteleropäischer Zeit) stattfinden soll. Es ist zu bemerken, daß die Vollstreckung der Todesurteile durch die letzten, beim höchsten Bundesgericht eingereichten Anträge nicht aufgeschaltet wird. Die umfangreichen Akten über die bisherigen Verhandlungen sind in Washington beim Obersten Bundesgericht eingegangen und hiermit ist der Brief of Certiorari offiziell beantragt. Aber trotzdem kann die Ausführung des Todesurteils nicht durch richterlichen Beschluß aufgeschaltet werden, falls sich nicht Gouverneur Fuller zur Begnadigung entschließt. Zahlreiche Gnadengesuche von hervorragenden Persönlichkeiten beim Gouverneur eingegangen, doch soll er erklärt haben, er würde nur handeln, wenn ein Richter des Obersten Gerichts entsprechend beschloss, — was aber keiner getan hat. Die Verantwortlichen sind gefascht. Die Presse veröffentlicht einen ergreifenden Abschiedsbrief Saccos an seinen dreizehnjährigen Sohn, in dem er ihn anfordert, stark zu sein, seiner Mutter zu helfen, und den Schwachen beizustehen. „Wir haben viel gelitten“, schreibt Sacco, „in unserem langen Kalvarienweg. Wir legen heute wie gestern und immer für unsere Freiheit einen Protest ein. Es ist ein Kampf zwischen Reich und Arm, Siederecht und Freiheit, den Du später verstehen wirst. Ich schreibe aus dem „Zoohaus“, das man zerstören sollte mit Hammer des Fortschritts und an dessen Stelle eine Werkstätte oder eine Schule für Waisen errichtet werden müßte.“ Er sind erneut umfassende Maßnahmen für die Sicherheit Coolidge's getroffen, der heute eine Rundreise im Westen antwort; alle Weichen wurden festgemacht und werden bewacht, wie in Vorfrüh-

zeiten bei Reisen des Zaren. Eine Lokomotive, die vorausgeschickt wird, fährt die Strecke ab. Jede öffentliche Kundgebung ist in Boston verboten; doch immer wieder versuchen Personen mit Plakaten vor dem Staatshaus vorzugehen. Bisher wurden beinahe hundert Personen verhaftet, doch ist keinerlei Gewalttat erfolgt.

Boston, 22. August. (W. I. B.)

Der Richter Siff von Staatsgerichtshof des Staates Massachusetts hat gleichfalls die Verschlebung der Hinrichtung Saccos und Vanzettis verweigert.

Die halbe Stunde des Henkers.

Boston, 22. August. (W. I. B.)

Sacco und Vanzetti haben allen religiösen Zutritt abgewiesen. Sämtliche Einzelheiten für die Hinrichtung sind bereits geordnet. Außer den Beamten und Ärzten werden als einzige Zeugen der Hinrichtung ein Vertreter der Associated Press und der Agentur Reuters beizubehalten. Der elektrische Hinrichtungstisch ist vorbereitet. Die Hinrichtungen, die um Mitternacht (nach amerikanischer Zeit) beginnen sollen, sollen in einer halben Stunde beendet sein.

Kommunistische Kundgebungen in Berlin.

Ruhiger Verlauf. — Zusammenstoß mit der Polizei in Halle.

Die K. P. D. in Berlin hatte gestern Abend ihre Mitglieder zu einer Protestkundgebung gegen die Hinrichtung Sacco und Vanzetti aufgerufen. Diezüge marschierten durch die Straßen der einzelnen Stadtteile. Die Beteiligung war außerordentlich stark. Die Polizei hatte umfangreiche Vorkehrungen getroffen, um Unruhestörungen gleich im Keime zu ersticken. In der Zoffener Straße, Ecke Bergmannstraße, wurde das begleitende Kommando der Schutzpolizei von den Mitgliedern eines Demonstrationzuges angegriffen. Die Beamten mußten von den Gummihüpfeln Gebrauch machen und nahmen eine Zwangsgewaltung vor. Die amerikanische Botschaft am Wilhelmplatz war durch besondere Vorkehrungen der Schutzpolizei ganz besonders geschützt worden. Nach Schluß der Demonstration kam es hier zu Zusammenstößen, so daß die Polizei einschreiten mußte. Es wurden vier Personen festgenommen, die aber nach Feststellung ihrer Personalien wieder entlassen wurden. Weitere Unruhestörungen sind nicht gemeldet worden.

In Halle gingen gestern nachmittag auf kommunistische Aufforderung die Arbeiter zum großen Teil aus den Betrieben und versammelten sich am Hall-Markt eine Kundgebung für Sacco und Vanzetti. Nach Schluß der Kundgebung trümpelten sie nicht den Platz, sondern nahmen gegen die Polizeieinheiten drohende Haltung ein, wobei sie auch mit Steinen warfen, so daß die Polizei den Platz mit dem Gummihüpfel räumen mußte. Dabei wurden 63 Personen festgenommen. Die Arbeiter sammelten sich immer wieder und umlagerten auch das Polizeipräsidium. Bis 22 Uhr hat die Polizei etwa zwanzigmal eingeschritten müssen. Um 20 Uhr wurde das Reservekommando nach der Vorstadt Glaucha gerufen, wo die Polizei mit Steinen angegriffen wurde.

zu bewerkstelligen. Der Berichterstatter wandte sich gegen die beschuldigte Verringerung der Wohnungen im nächsten Jahre und führte über die Finanzlage der Delindustrie aus, daß sie bisher aus eigenen Mitteln gelebt habe, von jetzt ab aber auf Staatszuschüssen angewiesen sein werde. Der Grund sei in der vom Staat vorgenommenen übertriebenen Steuerbelastung zu suchen. Die an sich außerordentlich entwickelte Textilindustrie für die Staatsbedürfnisse allmählich zur „mekkenden Kuh“ geworden. Die Folgen werden sich fühlbar, jedoch werden die hieraus resultierenden Mißstände ohne Zweifel abgestellt werden.

Das Ende der Militärkontrolle über Ungarn.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Genf, 22. August.

Der Generalsekretär des Völkerbundes erklärt eine vom französischen Außenminister Briand in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Botschafterkonferenz gezeichnete Erklärung, in welchem amtlich mitgeteilt wird, daß die Militärkontrolle in Ungarn von nun an beendet sei, und daß nur gewisse Vorbehalte bezüglich der Rekrutierung noch bestehen. Das Schreiben wurde vom Generalsekretär sämtlichen Mitgliedern des Völkerbundesrates zur Kenntnis gebracht.

Der Kampf um die „Schwetwa Partija“.

Wahlkurdinanden in Südblawien. — Das „Ministerium der Persönlichkeiten“. — Die „neue Politik“. — Die atomisierten Radikalen. — Der „Vertreter“ Raditsch.

Von unserem Korrespondenten

Theodor Berke.

Belgrad, im August.

Am 11. September werden sie wieder einmal wählen in Südblawien. Mit dem Geheimen, gleichen und direkten Wahlrecht. Für eine neue Schupstina. Um diese neue Schupstina geht seit dem 15. Juni der Kampf, und man muß gesehen, daß ein solches Wahlkonzept von Mäßigkeit und Loyalität nicht jeden Tag zu hören ist.

Bei folchem Lohwadahu ist die Feststellung dessen natürlich sehr erschwert, was denn der eigentlich Zweck dieses Wahlkampfes sei. Als am 17. April dieses Jahres Ljuno woiwitsch mit seiner sechsten Regierung die Waffen hatte strecken müssen, weil er mit Raditsch beim besten Willen nicht mehr zusammen arbeiten hatte können, war Woiwitsch woiwitsch hochgekommen. Man erinnert sich, daß damals behauptet worden war, Woiwitsch woiwitsch werde „eine neue inexistente Zeit“ in Südblawien einleiten. Eine neue Zeit? Schon unter dem sechsten Ljuno woiwitsch hatte es diffamatorisch gewetterleuchtet, ganz gegen jeden parlamentarischen Gebrauch waren Außenparlamentarier zu Ministern gemacht worden, und die Parteieninstanzen hatten nur wenig noch zu sagen gehabt. Aber Ljuno woiwitsch hatte immerhin doch noch mit dem Parlament gearbeitet. Das aber war sofort vorbei, als Woiwitsch woiwitsch Ministerpräsident wurde. Woiwitsch woiwitsch hatte sich seine Regierung einfach aus einzelnen Persönlichkeiten gebildet, er hatte die Parteien und die Parteieninstanzen überhaupt nicht gefragt, dann das Parlament, ohne sich ihm vorzustellen, nach Hause geschickt, acht Wochen ohne Parlament gehalten und gewaltet und schließlich Neuwahlen ausgeschrieben.

Warum das alles? War dem jungen Südblawienstaate tatsächlich eine Diktatorfigur notwendig geworden, um die staatliche Existenz aufrechterhalten zu können? — Es war funterbunt hergegangen seit den Rindfleischtagen dieses Staates. Kein Wunder natürlich, daß, wo sieben verschiedene Staatsteile, drei oder vier lawische Stämme oder Völker, eine beträchtliche Zahl Minderheiten und in der hauptfache drei verschiedene Glaubensbekenntnisse 1918 unter einem gemeinsamen Staatsdach gebracht hatten werden müssen. Die Schmerzen der Amalgamierung werden auch weiter dauern, bis entweder die balkanische Staatsaufstellung sich der der West- und Nordteile Südblawiens, oder bis die der West- und Nordteile sich der des Ostteils angepaßt haben werden.

Um diese Frage ging es fester ausschließlich in Südblawien. Wenn Kroatien, Slowenien, Bosnien, Dalmatien und die Dalmatiner sich nicht recht behaglich im neuen Staate fühlten, so das in erster Linie deshalb, weil das regierende Serbien ihnen bisher noch keinen entsprechenden Ersatz für die gewohnte gute technische Administration Wiens oder Dubauffs hatte bieten können. Die Schwere dieser Frage wurde von manchen verantwortlichen Politikern in Belgrad erkannt, und den pessimistischen der neuangeworbenen Gebiete hinsichtlich der Evolution von Balkan zu Mitteleuropa herabzumindern, waren gewisse serbische Kreise bereits seit lange ersichtlich dabei, den sogenannten Balkanismus abzubauen. Die Krone setzte sich für diesen Abbau ein und auch die Armee, die, am wenigsten von der Balkanatmosphäre angegriffen, sich hinter die Krone stellte. Raditsch, der Veteran der Alfen, stützte schließlich über den Erneuerungswillen dieser beiden Faktoren.

Zwei Jahre — und vieles ist geändert. Waren im letzten Wahlkampf mit allen Gewaltmitteln der verantwortlichen Polizei und der unverantwortlichen Elemente die Minderheiten niedergedrückt worden, so lautet als Wahlauflauf Woiwitsch woiwitsch heutige Runderfassung an die Behörden schon ganz anders: leidenschaftlos, unparteiisch gegen jedermann sein und weder Stammes-, Religions-, noch Parteienunterschiede bei Vermehrung strenger Strafen machen.

Trotzdem klingt es von Woiwitsch wieder aus der Presse, es sollen von diesem Woiwitsch alle großen Politiker, außer den Regierungskandidaten selbstverständlich, betroffen sein. Ein ganz anderes Bild als sonst zeigt dieser Wahlkampf. Ihn gibt sein Gesicht, das Raditsch nicht mehr die frühere Größe ist. Tatsächlich schreiben die Belgrader Presseorgane faun noch ein Wort von und über Raditsch. Maximalmäßig aber, der Repräsentant des Geistes der alten Schupstina, redt sich und erklärt: „Nur die Erhebung Raditschs nicht der Beweis von der Fruchtbarkeit der alten Schupstina?“

Sie war gewiß nicht fruchtbar, und das lag daran, daß die Parteiverhältnisse in ihr und im Lande sich mit der Zeit immer mehr ungeliebt verhielten. Diese Schupstina hatte bei-

Schwierigkeiten der russischen Delindustrie.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Moskau, 22. August.

Im Rat für Handel und Industrie wurde darauf hingewiesen, die Verringerung der Kapitalzuschüsse an die russische Petroleumindustrie lasse befürchten, daß das Programm der technischen Verbesserungen und Erweiterungen nicht werde durchgeführt werden können. In dem neuen Plan sind nur geringe Summen aufgenommen, die zur Leitung einer neuen Rohrleitung zwischen Batum und Baku und zur Erziehung großer Raffinerien in Batum bestimmt sind, aber nicht ausreichen können. Anstatt der vorgelegenen 20 Millionen Rubel sind nur fünf angegeben worden, was durchaus ungenügend ist. Das „Grosneft“ als ohne genügende Mittel die Rohrleitung in Tuzapsi (am Schwarzen Meer) anzulegen begann, befindet sich infolge ausgebildeter staatlicher Unterstützung in schwieriger finanzieller Lage. Die viermonatliche Produktion ist bereits bevorzucht.

Der Berichterstatter führte ferner aus, daß sämtliche Raffinerien und ihre Leistung hinter der Produktion der Holzindustrie zurückstehen und ebenfalls finanziert werden müssen. Infolge der vorläufigen Nichtausführung eines Rohrleitungsbaues müßten die Eisenbahnen sich auf außerordentliche Leistungen vorbereiten, um die nötigen Transporte aus Schwarzem Meer